

II-440 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des NationalratesX. Gesetzgebungsperiode

31.7.1954

148/A.B.A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

zu 145/J

des Bundesministers für Finanzen Dr. S c h m i t z
auf die Anfrage der Abgeordneten DDr. N e u n e r und Genossen,
betreffend Anwendung des Vertrages zwischen der Republik Österreich und
der Bundesrepublik Deutschland über Rechtsschutz und Rechtshilfe in
Abgabensachen (BGBl.Nr.249/1955).

-.-.-.-

Mit Bezug auf die Anfrage der Abgeordneten DDr. Neuner und Genossen,
betreffend Anwendung des Vertrages zwischen der Republik Österreich und
der Bundesrepublik Deutschland über Rechtsschutz und Rechtshilfe in Abgaben-
sachen (BGBl.Nr.249/1955) vom 15. Juli 1964, Zl.145/J, beehre ich mich
mitzuteilen:

Die österreichischen Behörden setzen bei der Vollziehung von Rechts-
hilfeersuchen im Rahmen des österreichisch - deutschen Vertrages über
Rechtsschutz und Rechtshilfe in Abgabensachen, BGBl.Nr.249/1955, im
Abgabenermittlungsverfahren keine Organe der Abgabenstrafrechtspflege ein.

Gemäss Artikel 5 Abs.1 des Rechtshilfevertrages gelten für das Ver-
fahren beim ersuchten Amt die Vorschriften des ersuchten Staates. Die Be-
stimmung des letzten Satzes dieses Absatzes 1, dass nämlich auf Antrag der
ersuchenden Behörde seitens der ersuchten Behörde nach einer besonderen Form
zu verfahren ist, kann wohl nur als Bestimmung für den Ausnahmefall gewer-
tet werden. Es erscheint nicht erforderlich, in Zukunft jedes österrei-
chische Abgabenermittlungersuchen mit einem Zusatzantrag im Sinne dieser
Ausnahmsbestimmung zu versehen, zumal der den Anlass der Anfrage bildende
Fall nicht bekannt ist und daher nicht beurteilt werden kann, ob ein
fehlerhaftes, den österreichischen Interessen nachteiliges Vorgehen einer
deutschen Finanzbehörde vorliegt.

Grundsätzlich bestehen gegen die Einleitung eines Verständigungsver-
fahrens mit dem Vertragspartner keine Bedenken. Es erscheint jedoch zwei-
felhaft, ob dieses den beabsichtigten Erfolg bringt, solange die deutsche
Seite nicht in die Lage versetzt ist, den konkreten Anlassfall kennen
zu lernen und zu prüfen, ob die Angelegenheit vom deutschen Gesichtspunkt
aus einer besonderen Regelung für die Zukunft bedarf.

-.-.-.-